

Für eine Großdemonstrationen gegen die Politik der Großen Koalition

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

es gibt in anderen Ländern weit geringere Gründe, auf die Straße zu gehen oder gar zum Generalstreik aufzurufen als das, was die Große Koalition im Koalitionsvertrag festgelegt hat. Die "Sanierung" des Staatshaushaltes führte in der Vergangenheit in erster Linie zu Lasten für die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihre Familien. Das ist heute noch mehr der Fall.

* Die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist gesellschaftlicher Wahnsinn. Bei einer Massenarbeitslosigkeit von annähernd 5 Millionen und steigender Jugendarbeitslosigkeit sollen die Älteren länger arbeiten, damit die Anderen noch geringere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Es ist schlichtweg unvorstellbar, dass die Mehrheit der Menschen gesund bis 67 arbeiten kann. Wer vorher herausgeht, wird gewaltige Abschlüsse in Kauf

nehmen müssen, die viele in die Altersarmut treiben, vor allem diejenigen, die nicht genug verdienen, um private Vorsorge zu treffen.

* Die Nullrunde bei den Rentner/innen bedeutet nichts anderes als die Absenkung der Renten und weiteren Abbau von Kaufkraft. Auch hier wird es diejenigen mit geringeren Renten hart treffen.

* Die Mehrwertsteuererhöhung auf 19 % (ein "Kompromiss" zwischen 16 % (SPD) und 18 % (CDU) ist die

unsozialste Form der Steuererhöhung. Sie trifft vor allen Dingen diejenigen, die einen Großteil ihres Einkommens brauchen, um leben zu können. Produkte und Dienstleistungen werden um etwa 20 Milliarden teurer. Das ist Gift für die Nachfrage, Gift für die Konjunktur und auch für den Mittelstand. Die soziale Ungerechtigkeit gegenüber Arbeitslosen und Rentner/innen liegt auf der Hand.

* Die Aushöhlung des Kündigungsschutzes durch eine Verlängerung der Probezeit auf zwei Jahre ist ein offener Bruch des Wahlversprechens der SPD. Dort wurde noch gesagt, dass der Kündigungsschutz nicht angetastet wird.

* Weitere Verschärfungen bei Hartz IV, u. a. für die unter 25-jährigen, führt die bisherige Politik gegen die Erwerbslosen fort.

* Die Senkung der Körperschaftsteuer wird zwar zur weiteren Erhöhung der Gewinne führen, aber gleichzeitig die öffentlichen Kassen belasten und nicht zu arbeitsplatzwirksamen Investitionen führen.

Diese Politik wird weder dazu führen, dass die Massenarbeitslosigkeit abgebaut wird und die Konjunktur in Gang kommt, noch wird sie wirklich die Staatsfinanzen sanieren. Sie belastet die Mehrheit der Bevölkerung und wagt sich nicht an die dringend erforderliche gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten. Gegen die massenhafte Arbeitsplatzvernichtung großer Konzerne trotz gewaltiger Gewinne zeigt sie sich blind, ebenso gegenüber den verschärften Angriffen der Arbeitgeberverbände auf

Tarifverträge und soziale Standards.

Es ist für uns nicht zu ertragen, dass es von den deutschen Gewerkschaftsführungen keine wahrnehmbaren Anstrengungen gibt, entschiedene Opposition gegen diese Politik zu betreiben und die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in konkrete Gesetze durch außerparlamentarische Aktivitäten zu verhindern. Wir halten dies für dringend notwendig. Ansonsten werden die Gewerkschaften weiter an gesellschaftlichem Einfluss verlieren. Die Herstellung von Anschlussfähigkeit an die Politik der Großen Koalition ist der falsche Weg.

Verschiedene soziale und politische Gruppen, zu denen auch die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken gehört, wollen im Frühjahr Aktivitäten, Aktionen und Großdemonstrationen gegen die Politik der Großen Koalition organisieren. Wie bereits bei der Demonstration am 1. November 2003 können solche Demonstrationen äußerst erfolgreich sein, wenn sich die gewerkschaftlichen Basisgliederungen aktiv an der Mobilisierung und Organisation beteiligen.

Zentrale Forderungen ...

Zentrale Forderungen einer Gegenbewegung könnten aus unserer Sicht sein:

- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, damit es Spielräume für eine soziale Reformpolitik gibt (z.B. Einführung der Vermögensteuer, Rücknahme der Unternehmensteuerreformen usw)

-- für einen gesetzlichen
branchenübergreifenden
Mindestlohn von 10 Euro/Stunde
-gegen Arbeitszeitverlängerung,
sofortige gesetzliche
Festschreibung der 35 Stunden-
woche bei vollem Lohn- und
Personalausgleich und
gewerkschaftlicher Kurs auf die
30 Stundenwoche
- Verkürzung des Rentenein-
trittalters auf 60 Jahre statt
Verlängerung
- keine Mehrwertsteuer-
erhöhung, stattdessen stärkere
Besteuerung der Reichen und
Unternehmer
-kräftige Reallohnsteigerungen
bei Tarifikämpfen

-Hartz IV muss weg – Existenz
sicherndes Mindesteinkommen
von 500 Euro plus
Unterkunftskosten und Heizung

Dies sind nur einige Beispiele.
Im Mittelpunkt müsste die
Forderung nach Umverteilung
des gesellschaftlichen
Reichtums von oben nach unten
stehen. Dies würde eine
Klammer bilden für die
verschiedenen Forderungen der
Gewerkschaften, der
Erwerbslosen, der Rentner und
Rentnerinnen sowie der
Studenten und Studentinnen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr
unseren Vorstoß unterstützt.
Wir werden im Januar eine
Unterschriftenliste versenden, in
der der DGB-Bundesvorstand
aufgefordert wird, sich an der
außerparlamentarischen
Mobilisierung zu beteiligen.
Wir sollten unsere Führung nicht
aus der Verantwortung
entlassen, aber sollten selbst
tätig werden. Bitte setzt euch mit
uns in Verbindung.

Mit kollegialen Grüßen
**Initiative zur Vernetzung der
Gewerkschaftslinken**

Die Gewerkschaftslinken und die große Koalition

Die Bundestagswahl vom
18. September hat die deutliche
Zweiteilung der Parteien gezeigt:
Hier die vier eindeutig
kapitalfreundlichen Parteien
CDU/CSU, FDP, Grüne, SPD
mit 91,2 Prozent der
Abgeordneten, da die Linkspartei
mit 8,8 Prozent. Die kapitalis-
tische Einheitsfront hat klare
gemeinsame Ziele, nur
Unterschiede in der Frage, wie
schnell, wie weit sie jeweils
voranschreiten darf. Teile der
CDU, FDP und Grünen wollen
schneller abbauen und weniger
beschönigende Phrasen

dreschen, während
die anderen einander
die Verantwortung
zuzuschieben
versuchen. Die
„Wahlgegner“ sind
handelseinig.

Die Ziele der
deutschen
Bourgeoisie sind:
weitere Kapital-
offensive, Konzentra-
tion des Industrie- und
Finanzkapitals,
Profitmaximierung
durch Massenent-
lassungen und
verlängerte
Arbeitszeiten, Lohn-
senkung, Abbau der
sozialen Sicherungs-

systeme, Erhöhung der
Massensteuern, Privatisierung
der öffentlichen Dienste. Vor der
Wahl gelobten SPD und CDU,
sie würden die Erwerbslosigkeit
bekämpfen. Nach der Wahl
wurden immerhin drei neue
Staatssekretärsstellen in der
Regierung geschaffen - und der
Abbau von 8000 Beamten
angekündigt.

Die Agenda 2010, von Gerhard
Schröder erfunden, wird von
Angela Merkel und Franz
Müntzfering gemeinsam
fortgesetzt. Die einzelnen
Schritte brauchen hier nicht
beschrieben werden. Niemand
sollte sich durch die Kritik der
Hundt, Rogowski, Thumann
täuschen lassen: Die
kapitalistische Einheitsfront
steht. Sie sind einverstanden,
akzeptieren den braven
Juniorpartner SPD, weil diese
den DGB fest fesselt. Aber die
Finanz- und Industrieherrn, die
die neue Regierung „beraten“,
wie sie die vorige beraten haben,
sind nimmersatt; ihr Appetit
wächst mit jedem Nachgeben
unserer „Vertreter“. Wenn es
nicht zur organisierten
Gegenwehr kommt, zieht diese
Regierung allen Lohnabhängigen
die Haut ab, den noch
Arbeitenden, den Erwerbslosen
und den Rentnern, aber auch

den Beamten der niederen und
mittleren Gehaltsstufen und den
ärmeren Studenten.

Der Apparat der SPD steht
geschlossen hinter der
Regierungspolitik; der einzige
Kandidat für den Parteivorsitz,
ein ehemals bürgerlicher
Politiker, wurde mit 99,4 Prozent
intronisiert - fast 100-
prozentige Demokratie! Bei den
222 MdB gibt es keinen Kritiker,
ebensowenig im Parteiapparat.
Das gilt nicht für die
Mitgliedschaft der SPD.

Vor der Wahl haben unsere
Gewerkschaftsführer einige
markige Worte gesprochen. Jetzt
haben sie kapituliert; sie geben
sich zufrieden, daß die
Regierung die Tarifautonomie
nicht antasten will; diese ist
jedoch dank gewerkschaftlicher
Nachgiebigkeit vielfach
durchlöchert. Michael Sommer
erklärte nach der Wahl, er wolle
„einen vernünftigen sozialen
Dialog“, keinen „Krawall“. Er hat
bereits „stille Gespräche“ mit
Unternehmern und CDU-
Größen geführt; d.h. wir
erfahren nichts vom Inhalt. Noch
lehnen die Unternehmer ein
neues „Bündnis“ ab, aber
Sommer bittet weiter.

Die Beispiele liessen sich
vermehren. Offenbar sind die
Gewerkschaftsführungen auf

einen neuen „Konsensus“ mit den deutschen Kapitalisten aus - auf einer niedrigeren materiellen Stufe. Diesen aber wird es vorläufig nicht geben: Die Bourgeoisie geht aufs Ganze, weil sie unsere Führungen kennt und sehr wohl weiß, daß diese nicht kämpfen wollen.

Die einzige Opposition im Bundestag ist die Linkspartei aus WASG und PDS mit ihren 54 MdB. Selbst wenn die wirklichen Entscheidungen im Bundestag gefällt würden und nicht in den Lobbies, bleibt die Partei eine Minderheit. Aber sie kann unser Sprachrohr werden und unsere Stimme verstärken, wenn unten - in den Betrieben, Büros, Krankenhäusern, Universitäten, vor den Sozialämtern - der Druck entsteht, der die Herrschenden erzittern läßt: Proteste, Streiks, Demonstrationen lokal, regional und dann bundesweit und europaweit - das sind unsere Waffen. Noch verzetteln sich die klassenbewußten Gruppen und Strömungen: Sonderinteressen und Profilierungswunsch dominieren manchmal, stören die unerläßliche Bündelung unserer Kraft.

Wie überwinden wir die Zersplitterung?

Wir brauchen ein klares Aktionsprogramm mit den wichtigsten gemeinsamen Forderungen aller Werktätigen. Zu diesem Programm gehört auch die Forderung nach einer radikalen Änderung der staatlichen Ausgaben- und Steuerpolitik; denn es ist genug Geld da.

Dann sind von den lokalen und regionalen Gremien der Gewerkschaften, von den Betriebsräten und Arbeitsloseninitiativen lokale Aktionen und Proteste zu organisieren, zu denen die kampfwilligen sozialen Organisationen einzuladen sind. Bei diesen müssen allen Teilnehmern die Argumente mitgegeben werden, die die bürgerliche Verdummungs-offensive widerlegen („es gibt

keine Alternative“, „wir müssen alle den Gürtel enger schnallen“ u.ä.).

Die lokalen Aktionen und betrieblichen Streiks müssen überall bekannt gemacht und durch Solidaritätsaktionen vernetzt werden.

Dann kommen große Demonstrationen in mehreren Städten und eine erste zentrale Demo in Berlin.

Danach dürfen wir uns aber nicht wieder von Michael Sommer in die unendlichen Sommerferien schicken lassen, wie nach dem 3. April 2004. (Die Reformisten stellen sich an die Spitze der Bewegungen, um diese abzubrechen.)

Daher verlangen wir: Die freien Gewerkschaften müssen sich von der „Zusammenarbeit“ mit dieser SPD befreien.

In Finnland verteidigen die streikenden Papierarbeiter die 32-Stundenwoche; die schwedischen Kollegen haben sich solidarisch erklärt. In Belgien wehrt man sich mit einem Generalstreik am 27. und 28. Oktober gegen die Rentenreform“. In Griechenland kam es im Juni und Juli zweimal und erneut am 10. November zum Generalstreik der Gewerkschaften gegen die sozialpolitischen „Reformen“ der konservativen Regierung.

In Frankreich gab es Anfang Februar 2005 einen landesweiten Streik gegen die von der Regierung geplante „Aufweichung“ der 35-Stundenwoche. Am 11. März war erneut Generalstreik. Am 3. und 4. Oktober wurde wieder gegen Sozialabbau und Privatisierungspläne der neuen Regierung de Villepin ein Generalstreik (gemeinsam von den meisten Gewerkschaftsbünden) durchgeführt. Inzwischen mußte Premier Raffarin „wegen der sozialen Unruhe“ zurücktreten; die Streiks hatten ferner dazu beigetragen, daß die EU-Verfassung im Referendum abgelehnt wurde. Am 22. und 23. November gab es den

6. großen Streik des Jahres 2005.

Am 22. streikten die Eisenbahner gegen die geplante Privatisierung. Am 23. hatte die GGT zum Streik aufgerufen.

Am 25. November fand in Italien der 6. Generalstreik seit dem Regierungsantritt von Silvio Berlusconi im Mai 2001 statt.

Wie kämpft nach den markigen Worten von Jürgen Peters die IG Metall mit ihren 1,8 Millionen Mitgliedern? Wir lesen in „metall“ 12/2005:

„Die europäischen Proteste Anfang 2005 gegen Sozialabbau sind gute Beispiele für die verschiedenen Aktionsformen. Demonstrationen, Diskussionsforen oder Debatten, aber auch neue Aktionsformen sind denkbar. Ein Beispiel dafür: der aktuelle Protest des Kampagnennetzwerks campact.de der Globalisierungskritiker attac und der IG Metall. Gemeinsam rufen sie zur online-Demonstration (www.campact.de/mwst/home) gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung auf. Die Protestmails werden an SPD- und CDU-Abgeordnete weitergeleitet. Christoph Bautz vom Kampagnennetzwerk: ‚Wir sind zufrieden mit der Aktion und sehen durchaus eine Chance, die geplante Mehrwertsteuererhöhung noch zu verhindern. Bei metall-Redaktions-schluß hatten rund 3300 Menschen Protestmails nach Berlin gesandt.“

Welche heldenhafte neue Aktionsform - die virtuelle Demonstration! Diese wird sicher noch stärker wirken als die IGM-Aktion seligen Angedenkens im Vorsommer 2004 - das „Arbeitnehmerbegehren“. Die wenigen Unterschriften dürften bald in den Papierkörben der Adressaten gelandet sein.

Attac- der Name klingt nach
Angriff- sollte vielleicht
einen anderen Namen wählen.

Bewegung auch in Deutschland

Auch in Deutschland finden z.
T. sehr hartnäckige
Auseinandersetzungen und
Kämpfe statt, wenn auch noch
zersplittert. In den Kämpfen
haben sich auch neue
Kampfformen entwickelt und
manche wurden auch ohne
Unterstützung von
Gewerkschaftsführungen
organisiert und durchgeführt
Einige Beispiele für Kämpfe
gegen weitere Verschlech-
terungen und Arbeitsplatzabbau
sind:

- * Im Frühsommer 2004 bei
DaimlerChrysler gegen das
Erpresswerk mit Blockade der
Bundesstraße 10,
- * im Herbst 2004 die einwöchige
Betriebsbesetzung von Opel
Bochum,
- * im Frühjahr 2005 eine
einwöchige Betriebs-
versammlung sowie zahlreiche
Demos bei Alstom Power in
Mannheim gegen Arbeitsplatz-
vernichtung
- * im Sommer 2005 der erfolg-
reiche Kampf der Drucker für
den Erhalt der 35-Stundenwoche
- * im Herbst 2005 der Streik der
Uniklinik-Beschäftigten gegen
Verlängerung der Arbeitszeit von

38,5 auf 40
Wochenstunden und
gegen Kürzungen beim
Urlaubs- und
Weihnachtsgeld,
* sowie die Demos der
StudentInnen gegen
Einführung der
Studiengebühren und
Bildungsabbau
* und der landesweite
Warnstreik der
Beschäftigten der
Kommunen in Baden-
Württemberg gegen
Arbeitszeitverlängerung
auf 40 Stunden ohne
Lohnausgleich.

Diese und andere
Kämpfe zusammen zu

führen und gemeinsame
Aktionen zu organisieren und
durchzuführen steht für 2006
ganz oben auf der Tagesordnung
Die Gewerkschaftslinken und
die WASG, sind an dieser Stelle
gefordert.

Nehmen wir uns ein Beispiel
an unseren Kolleginnen und

Kollegen in Finnland,
Griechenland, Belgien,
Frankreich, Griechenland,
Italien! Beginnen wir den Protest
in unserem Land und dann
europäisieren wir ihn!

Theodor Bergmann

Plattform der Gewerkschaftslinken

Die Plattform der Gewerkschaftslinken wurde am 1.
Oktober in Frankfurt im Grundsatz akzeptiert. Die
gewünschten Korrekturen wurde später von Jacob
Schäfer und anderen eingefügt.

Seit Jahrzehnten bestimmt die
Massenarbeitslosigkeit die
politischen und sozialen
Kräfteverhältnisse in diesem
Land mit all ihren Folgen. In
Deutschland entwickeln sich
Verhältnisse, von denen viele
glaubten, sie gehörten der
Vergangenheit an. Die
Herrschenden in Wirtschaft und
Politik sind auf dem Weg dazu
bzw. streben langfristig an,

- * die Flächentarifverträge
abzuschaffen und oder sie
wenigstens möglichst
weitgehend durch betriebliche
Lohnfestsetzung zu ersetzen,
um die Löhne auf breiter Front
zu senken,
- * die gesetzliche Kranken- und
Rentenversicherung zu
beseitigen oder sie wenigstens
möglichst weitgehend zu
beschneiden und durch
Privatversicherungen zu
ersetzen,
- * die Arbeitslosenversicherung
abzuschaffen, ebenfalls das
Arbeitslosengeld II oder
wenigstens die Arbeitslosen-
versicherung auf ein Minimum
zu beschränken und Arbeits-
losengeld II mindestens zu
halbieren,

- * die allgemeine Arbeitszeit auf
weit über 40 Stunden
auszudehnen oder wenigstens in
diese Richtung zu flexibilisieren,
- * alle staatlichen Leistungen
möglichst weitgehend über
Gebühren zu finanzieren und

* die Gewinnsteuern entweder
ganz abzuschaffen oder
wenigstens auf ein Niveau
abzusenken, das weit unterhalb
des heutigen, ohnehin schon
massiv gesenkten Niveaus liegt.

Die Agenda 2010 und in
diesem Zusammenhang die
Hartz-Gesetze dienen der
Umsetzung dieses langfristigen
Programms.

Wir lehnen sie ab.

Unter diesen Bedingungen fällt
den DGB-Gewerkschaften eine
besondere Verantwortung zu.
Noch erreichen sie Millionen
abhängig Beschäftigter. Noch
verfügen sie über ein gewisses
Ansehen, und die Masse der
KollegInnen betrachten sie noch
als das Stärkste, was die
Schwachen heute haben. Aber
die Anziehungskraft, die
Glaubwürdigkeit und die
Bindekraft sind in den letzten
Jahren dramatisch gesunken.

Spenden-Hinweis

Vernetzung kostet Geld. Kongresse,
Rundschreiben und Arbeitsgruppen der
Vernetzungsinitiative müssen
finanziert werden. Unser
Spendenkonto:
Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der
politischen Bildung e.V. (AFP e.V.)
Offenbach
Postbank Frankfurt a.M.
Kto.Nr. 16830-607 BLZ 500 100 60
Wenn Spendenbescheinigung
gewünscht wird, dann diese bitte
gesondert anfordern.

Der Mitgliederverlust hat beängstigende Ausmaße angenommen. Als wesentliche Gründe für diese kritische Situation stellen wir fest:

Die Führung der DGB-Gewerkschaften

* akzeptiert Lohnsenkungen auf allgemeiner und betrieblicher Ebene,

* unterstützt durch ihre Untätigkeit die Privatisierung der Rentenversicherung,

* hat die Hartz-Gesetze in weiten Teilen begrüßt und ihre schädlichen

Wirkungen vertuscht,

* hat den Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgegeben

* setzt sich für die Senkung der Lohnnebenkosten ein, obwohl diese als Teil des Lohns zu begreifen sind

* und appelliert

an eine angebliche soziale Verantwortung des Kapitals, die es nicht gibt.

Wir akzeptieren das nicht.

Wir setzen der pausenlosen Propaganda der Medien, der politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher des Kapitals entgegen: Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wir sind auch nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau und dadurch steigende Renditen die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen.

Das ist nicht unser Ziel.

Was wir wollen und wofür wir aktiv sind

Unsere wichtigsten Forderungen sind ...

Arbeitszeitverkürzung und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Die Durchsetzung beider Forderungen sind die einzigen wirksamen Mittel für eine spürbare Verringerung der Massenerwerbslosigkeit und für die Verhinderung von Billiglöhnen.



Kapital und Kabinett betreiben seit Jahren eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die schon einmal in weiten Bereichen erkämpfte 35-Stundenwoche ist weitgehend zu Makulatur geworden. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten und untergräbt das Familienleben. Es vergrößert auch das Heer der Erwerbslosen und senkt die Stundenlöhne. Deswegen:

Arbeitszeitverkürzung -
Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-Stunden-Woche

* Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur wenn die Arbeitszeit in großen Schritten verkürzt wird, kann verhindert werden, dass ihre positiven Folgen durch Arbeitsintensivierung

aufgefangen werden und keine Einstellungen erfolgen.

* Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Jede Arbeitszeitverlängerung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle.

* Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitarbeitskonten.

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro

Für Millionen arbeitender Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken. Viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Hartz IV fördert das mit seinen Zumutbarkeitsbestimmungen und mit Ein-Euro-Jobs. Dem muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn entgegengesetzt werden. Die

untersten Tariflöhne für allgemein verbindlich zu erklären ist vollkommen ungenügend, weil auch viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Wir brauchen einen allgemeinen, für alle Branchen gleichen Mindestlohn. Heute müssen dies wenigstens 10 Euro in der Stunde sein.

Garantiertes Grundeinkommen

Wachsende Erwerbslosigkeit ist kein Ergebnis wachsender Faulheit der Erwerbslosen, sondern eine notwendige Folge dieses Wirtschaftssystems. Deshalb treten wir für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ein – ohne Bedürftigkeitsprüfung. Es müsste sich für Alleinstehende aus einer Regelleistung von 500 Euro (statt jetzt 345 Euro) **plus** Unterkunftskosten und Heizung zusammensetzen.

Kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarifkämpfen

Bei tariflichen Kämpfen treten wir ein

- * für Festgeldforderungen, auch und gerade, um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten.

- * gegen Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der „Ertragslage“ der Betriebe abhängig gemacht werden.

- * gegen Lohnabschlüsse mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten und

- * gegen die Einführung von „leistungs“bezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt und die Konkurrenz angeheizt wird.

Klares Nein zu allen ungeschützten

Beschäftigungsverhältnissen

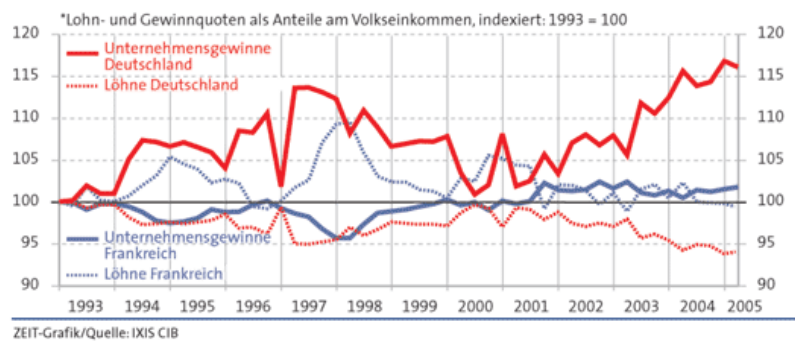
Mit der Ausdehnung von Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen hebt das Kapital zunehmend Tarifverträge aus, senkt das Lohnniveau und untergräbt die Arbeitsbedingungen der „Stammbelegschaften“.

Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge

Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ist ein untrennbarer Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die mit wachsender Produktivität möglich ist. Wir wenden uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir halten die steigende Lebenserwartung nicht für eine Last, sondern für einen Fortschritt, der aus dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden kann.

Arbeit versus Kapital

In Deutschland öffnet sich die Schere zwischen Unternehmensgewinnen und Löhnen immer weiter – ganz anders als in Frankreich*



Einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung

Wir wehren uns dagegen, dass durch Zuzahlungen, Gebühren und Ausgliederung von Leistungen aus der Krankenversicherung das Lohnniveau gesenkt wird. Das Kapital und insbesondere die Versicherungskonzerne streben an, die gesetzliche Krankenversicherung auszuschlachten, um ihre Profitinteressen zu fördern. Wir streben eine einheitliche Krankenversicherung für alle an. Wir wollen nicht, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt. Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze!

Keine Privatisierung der Sozialversicherungen

Wir lehnen die Formel „Senkung der Lohnnebenkosten“ ab, mit der der Abbau der Sozialversicherung zugunsten der Privatversicherung betrieben wird.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasserversorgung, kommunale Wohnungen usw. werden mehr und mehr an private Investoren verkauft. Wir wollen eine ausreichende öffentliche Infrastruktur für alle, die allen zu niedrigen Preisen zugänglich ist.

Uneingeschränkter Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen

(keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)

Wir streben die Abschaffung des Dreiklassenschulsystems an. Eine Schule für alle, damit unsere Kinder besser gefördert werden können! Das Schulwesen muss so eingerichtet werden, dass die Kinder der unteren Schichten nicht ausgesiebt werden, sondern alle SchülerInnen sich bestmöglich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Statt das Studium mehr und mehr den Schmalspurinteressen der zukünftigen Arbeitgeber unterzuordnen, fordern wir auch für die Hochschulen eine allseitige, gebührenfreie Ausbildung!

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dass sie Anspruch darauf haben, in ihrem erlernten Beruf übernommen zu werden.

Finanziert werden muss es von den Unternehmen.

Wer soll das bezahlen? Gewinnsteuersenkungen dienen ausschließlich der privaten Profitmacherei. Wir

fordern, dass die Verwendung der Milliarden Steuergeschenke offen gelegt werden muss.

Die Senkungen der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer müssen ebenso rückgängig gemacht werden wie die Abschaffung der Vermögenssteuer.

Die Löcher, die durch Senkung der Steuern für das Kapital gerissen werden, werden durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen, die Erhebung von Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen sowie Sozial- und Personalabbau notdürftig gestopft.

Unsere Perspektiven und wer wir sind

* Um mehr Druck für unsere Forderungen und Ziele aufzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass in den DGB-Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Mitglieder vollständig zur Geltung kommen. Insbesondere bei Tarifkämpfen kann es nicht



um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn sie die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität, werden Engagement und Selbstvertrauen wachsen.

Nur auf diesem Wege ist eine politische und gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen möglich. Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen eingeholt werden.

* Belegschaften werden durch international operierende Konzerne grenzüberschreitend erpresst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Belegschaften unbürokratisch aufzubauen, um Schließungspläne von Konzernen abzuwehren. Dazu müssen Netze gewerkschaftlicher Querverbindungen ausgebaut werden bzw. erst aufgebaut werden.

* Wir brauchen Organisationsformen, die geeignet sind, alle Kräfte zusammenzuschließen, die diese Ziele teilen – innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.

* Wir wollen

Solidaritätsaktionen mit kämpfenden Belegschaften organisieren,

* Wir rufen auf, Foren innerhalb der Gewerkschaften zu fördern, die allen offen stehen,

* Wir setzen uns ein für Bündnisse zwischen Beschäftigten,

Arbeitslosen, Studierenden, Schülern, Rentnern usw., die auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen.

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen. Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Wir wollen nicht zusehen, wie die Gewerkschaften als die größten Organisationen der Lohnabhängigen von außen und von innen kampfunfähig gemacht werden.

Wir haben uns an vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt. Die Kräfte, die sich uneingeschränkt für die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital engagieren, müssen ihre Handlungsfähigkeit bewahren und ausbauen.

Aktionskonferenz beschließt zentrale Demonstration

Am 19./20. November fand in Frankfurt eine bundesweite "Strategie- und Aktionskonferenz" statt, zu der ein Vorbereitungskreis des Sozialforums in Deutschland (SFID) eingeladen hatte.

Die Organisation der Aktionskonferenz geht auf einen Vorschlag zurück, den verschiedene Persönlichkeiten aus Gewerkschaften und sozialer Bewegung (Bernd Riexinger, Willi van Ooyen, Nele Hirsch, Sabine Leidig u.a.) auf dem Sozialforum in Erfurt eingebracht hatten. Leider haben dann die beauftragten OrganisatorInnen der Konferenz ein Konzept entwickelt, das wenig auf Aktion orientierte und eine sinnvolle Beratung von Aktionen überhaupt kaum ermöglichte. Dies fing schon damit an, dass die Konferenz thematisch völlig überladen wurde: Neben allgemeinen Einführungen zu notwendigen Allianzen (unter denen jede und jeder was anderes verstehen kann, was aber nicht näher diskutiert wurde) gab es Referate zu so unterschiedlichen Themen wie: neoliberale Wirtschafts- und Steuerpolitik, Wie Kriege verhindern?, Energiewende und ökologischer Umbau, Menschenrechtspolitik, Asylpolitik und Migration, Globalisierung, die Nein-Kampagne in Frankreich usw.

All dem fehlte das einigende Band für die Diskussion. Aber am schlimmsten war, dass für die Diskussion kaum Zeit vorgesehen war, eine zwangsläufige Folge der thematischen Überladung. Selbst in den Arbeitsgruppen kam es noch mal zu "Inputs", bis die Teilnehmenden zu rebellieren begannen. Eine Kollegin sprach in diesem Zusammenhang zu Recht von einer anti-emanzipatorischen Vorbereitung.

Gemeinsame Aktivitäten

Zum Glück hatten sich in der wichtigsten und mit Abstand größten AG sehr viele Teilnehmende eingefunden, die auf der Verabredung zu gemeinsamen Aktivitäten bestanden. Dort kam es dann auch nicht mehr zu ellenlangen Inputs, sondern zu einem Austausch über die als wesentlich erachteten Mobilisierungsinhalte. Es schälten sich dabei folgende zentrale Achsen heraus:

1. Die Bekämpfung von Hartz IV. muss ein Hauptanliegen der gemeinsamen Bewegung bleiben.

2. Gemeinsam soll für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gekämpft werden, weil er sich nicht nur gegen die Ausbreitung der Billiglöhne richtet, sondern auch indirekt gegen Hartz IV gerichtet ist. Einig war mensch sich dabei auch, dass ein solcher Mindestlohn nicht unter 10 Euro in der Stunde liegen darf und dass die von verdi vertretene Höhe von 7,50 Euro vollkommen unzureichend ist.

3. Das strategische Ziel der Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohn- und Personalausgleich) muss wieder zu einem wichtigen Anliegen der Gewerkschaften wie auch der sozialen Bewegungen gemacht werden.

Über die Form des Existenz sichernden Einkommens (ob dies z. B. als garantierte Grundsicherung gelten soll) war man sich noch nicht einig. Hier besteht ganz offensichtlich noch Diskussions- und Klärungsbedarf.

Auffällig in dieser AG waren zwei Tatsachen: Erstens hat

sich die überwältigende Mehrheit für die Verabredung zu einer zentralen Demonstration im Frühjahr ausgesprochen und damit das Anliegen des Aufrufs vom Sommer aufgegriffen. Ein Kollege vom Landesbetrieb Krankenhäuser in Hamburg (dem größten Krankenhauskomplex in Europa) hat es so ausgedrückt: "Bei uns wurde in einer Volksabstimmung die Privatisierung abgelehnt und trotzdem hat der Senat die Privatisierung beschlossen. Jetzt drohen in Folge davon diverse Verschlechterungen und die Beschäftigten mobilisieren sich dagegen. Die Auseinandersetzungen laufen vor Ort. Aber das allein reicht nicht. Wir brauchen etwas, was darüber hinausgeht, was dem Kampf eine neue Ebene verleiht und zur Verbreiterung beiträgt. Deshalb brauchen wir eine gemeinsame zentrale Demonstration." Dies stieß auf sehr viel Applaus.

Zweitens kam in unzähligen Wortbeiträgen heraus, dass in einem Aufruf für eine zentrale Demonstration nicht hinter den Frankfurter Appell zurückgefallen werden darf. Aus ähnlichen Gründen hatte der Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken einen Entwurf für einen entsprechenden Demonstrationsaufruf diskutiert und auf der Konferenz als Vorschlag eingebracht.

Verabredungen für 2006

An dem Diskussionsverlauf in dieser AG setzte dann das Plenum am nächsten Morgen an und verständigte sich – nach einigen Auseinandersetzungen – auf folgende Mobilisierungsziele:

1. Gemeinsam mit anderen Kräften der sozialen und Gewerkschaftsbewegung in Europa soll für eine internationale Demonstration in Straßburg an dem Samstag vor der vorgesehenen Verabschiedung der Bolkestein-Richtlinie mobilisiert werden. (also am 14. Januar oder 11. Februar).

2. Im Frühjahr (vorgesehen ist Ende März, gegebenenfalls Anfang April) soll es eine bundesweite Demonstration gegen den Sozialabbau geben. Einzelheiten dazu sollen auf einer "technischen Konferenz" am 17. Dezember verabredet und beschlossen werden, zu der dann auch Organisationen eingeladen werden sollen, die auf dieser Aktionskonferenz nicht vertreten waren (gedacht wurde hier in erster Linie an die Gewerkschaftsvorstände).

3. Im Februar soll eine weitere Strategiekonferenz stattfinden.

Außerdem wurde beschlossen, die schon angelaufene Vorbereitung für eine große Mobilisierung zum G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm (Ostsee) zu unterstützen.

Die Gewerkschaftslinken sind sicherlich am ehesten in der Lage, in Gewerkschaftskreisen (in den Gremien und Versammlungen vor Ort) für eine aktive Beteiligung mindestens von Gliederungen der Gewerkschaften an den zentralen Mobilisierungen zu sorgen. Das sollte (neben der Metalltarifrunde) in den kommenden Monaten ein absoluter Schwerpunkt der AktivistInnen der Gewerkschaftslinken sein.

**Jakob Schäfer
(Forum gewerkschaftliche
Gegenmacht Wiesbaden)**

Die Versammlung sozialer Bewegungen hat am 17.12.2005 in Frankfurt beschlossen:

Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen die Massenentlassungen und die Fortsetzung der Agenda-Politik durch die große Koalition und schlagen den 1.4. als Termin vor. Wir laden alle Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Organisationen und Verbände ein, sich an einem Vorbereitungstreffen am 20.1. um 12.00 Uhr in Köln zu beteiligen. Dort wollen wir über die inhaltliche Ausgestaltung, einen Aufruf und die Mobilisierung diskutieren.

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken unterstützt diesen Aufruf.

Im Februar wird die erste Lesung der Dienstleistungsrichtlinie (Bolkesteinrichtlinie) im Europäischen Parlament stattfinden. Europaweit bereiten sich die Gewerkschaften und soziale Bewegungen darauf vor, am 11.2. in Straßburg gegen die Richtlinie zu protestieren. Weitere Aktionen sind am 14.2. in Straßburg geplant. Wie bereits auf dem Sozialforum in Erfurt und auf der Aktionskonferenz sozialer Bewegungen in Frankfurt am 19./20.11.2005 diskutiert wurde, lehnen wir die Dienstleistungsrichtlinie und das in ihr verankerte Herkunftslandprinzip ab, da es zu einem Lohn- und Sozialdumping in Europa führen würde. Wir wollen stattdessen Tarif- und Schutzgesetze für alle Beschäftigten. Wir sind für Mindestlöhne und soziale Standards in Europa. Wir fordern die Abgeordneten im Europäischen Parlament und die Bundesregierung auf, dieser Richtlinie nicht zuzustimmen. Wir fordern Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus allen Gliederungen, Akteure der sozialen Bewegungen und Organisationen auf, Bündnisse aufzubauen mit dem Ziel, die Richtlinie zu Fall zu bringen. Wir wollen die nächsten Wochen für eine intensive Aufklärungskampagne über die Dienstleistungsrichtlinie nutzen, damit eine starke Mobilisierung zustande kommt. Wir sind gegen die Dienstleistungsrichtlinie, weil wir ein soziales, demokratisches und friedliches Europa wollen.

Wenige wurden erwartet, viele kamen

Warnstreik der Krankenhaus-Beschäftigten in Hamburg

Am U-Bahnhof Rödingsmarkt warteten wir auf die Streikenden der Hamburger Krankenhäuser. Von dort sollte es um 8 Uhr runtergehen zum Hafen, wo der Arbeitgeberverband seinen Sitz hat. Um halb acht waren erst wenige da. Wir spekulierten, wie viele der ca. 18000 Krankenhausbeschäftigten kommen würden. Je nach Naturell schätzten wir zwischen 200 und 1500. Um acht Uhr standen 4000 Streikende auf dem Platz.

Woher unser Pessimismus? Der Plan des Arbeitgebers Asklepios mit den Horrorverschlechterungen wurde seit Ende September in den Krankenhäusern bekannt, besser: Einzelheiten sickerten gerüchertartig über Wochen in den Stationen und Abteilungen durch. Eine Mobilmachung von seiten der Gewerkschaftsführung passierte wochenlang nicht. Keine Protestversammlungen und keine Information, keine Öffentlichkeitsarbeit. In den Häusern breitete sich Angst, Lähmung, aber auch Wut auf den Arbeitgeber aus. Eine zentrale Streikvorbereitungsgruppe wurde erst Wochen später gebildet. Also wahrlich

kein Grund für Optimismus am Mittwochmorgen am Rödingsmarkt: „Zuvor war im Gewerkschaftshaus nicht selten auch Angst vor einem Großkonflikt zu spüren. Funktionäre verwiesen auf mangelnde Streikerfahrung“, so schreibt Junge-Welt Autor Andreas Grünwald am 1.12.

Ein seltsamer Zustand in unseren Gewerkschaften: Lähmung, Angst und Wut in den KH und

Angst vor einem Großkonflikt im Gewerkschaftsapparat! (Nach meinem bisherigen politischen Verständnis sollte ja der Arbeitgeber Angst vor einem Großkonflikt haben) Dass 4000 auf die Straße gingen, mit Wut und Engagement, die man ihnen anmerkte - und das passierte allerdings nicht wegen sondern trotz dieser Art „Streikvorbereitung“. Wut und Empörung waren zu groß, mußten sich entladen.

Auf der Kundgebung am Hafen vor dem Haus des Arbeitgeberverbandes kritisierte der verdi-Vorsitzende Wolfgang Rose den Marburger Bund wegen dessen Forderung nach 30% Lohnerhöhung für Ärzte und seiner „Standespolitik“. (Der Marburger Bund war bis vor kurzem 37 Jahre lang der ÖTV/verdi angeschlossen gewesen). Ich halte es für falsch, jetzt, da es auf eine Zuspitzung der Auseinandersetzung und auf

Erstaunlich: das verdi-Flugblatt nicht vom FB 03 (Gesundheitswesen), sondern vom Ortsverein des FB 03 (Medien).

Erstaunlich auch die Presseauswertung am nächsten Tag. Hamburger Morgenpost: Ein Bild mit Untertext. Taz Hamburg: ein Bild mit Untertext. Hamburger Abendblatt: Ein sachlich absolut falscher Bericht: „Klinikärzte legen Berufsverkehr lahm“ ... „Die Ärzte protestierten gegen ...“ Wenn von den 4000 Demonstranten zehn Prozent Ärzte waren, so ist das sehr hoch geschätzt. Einzig der Bericht von Andreas Grünwald (Junge Welt) muß lobend hervorgehoben werden.

**Dieter Wegner
Hamburg 1.12.05**



Erzwingungsstreik hinausläuft, die Belegschaften in den KH zu spalten. Der Streit zwischen verdi und Marburger Bund sollte am besten erst nach dem Konflikt ausgetragen werden. In den KH sind bisher keine Dissonanzen zwischen verdi-Ärzten und Marburger-Bund-Ärzten bekannt. Möge es so bleiben.

Den stärksten Beifall erhielt die Rede von Axel Hopfmann vom Landesbetrieb Krankenhäuser.

Bericht von Andreas Grünwald in der Jungen Welt und die Rede von Axel Hopfmann unter www.labournet.de/branchen/dienstleistung/gw/hamburg.html

Kündigung Lohnrahmentarifvertrag II: Ein Frontalangriff auf unsere Arbeitsbedingungen

Südwestmetall hat im Oktober den Tarifvertrag zur Fortführung von Bestimmungen des Lohnrahmentarif II (LRTV II) gekündigt. In diesem TV sind tarifliche Mindestbedingungen für Akkord- und BandarbeiterInnen und damit verknüpfte Mitbestimmungsrechte geregelt: Pro Stunde gibt es 5 Minuten Erholzeiten sowie 3 Minuten persönliche Verteilzeiten (sog. Pinkelpause), bezahlte Pausen. Die Mindesttaktzeit ist auf 1,5 Minuten festgelegt.

Dies war der erste TV, der qualitative Ziele zur Humanisierung der Arbeitsbedingungen enthielt, ein tarifpolitisches Neuland für die IG Metall. Er wurde 1973 im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden erkämpft und gilt leider auch nur hier.

Geschichtliche Hintergründe

Hintergrund war die enorme Verdichtung und Intensivierung der Arbeit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Straffere Arbeitsplanung, höhere Leistungsnormen, wirksame Kontroll- und Disziplinierungsverfahren erhöhten den Druck in den Fabriken. Die Stückzahlbestimmungen durch Zeitmessung (REFA) und die Zergliederung des Arbeitsvorgangs und Festsetzung von Zeiten nach in Tabellen festgelegten Bewegungszeiten (MTM) hielten Einzug in den industriellen Alltag. Die ohnehin stark beanspruchende Fabrikarbeit erhöhte die körperliche und psychische Anspannung bis ins Unerträgliche. Bis zur Toilette wurden die ArbeiterInnen mit der Stoppuhr verfolgt. Die Arbeiter prägten den Spruch: "Akkord ist Mord".

Der Unmut über diese Situation spitzte sich bis 73 weiter zu. Es kam zu einer Reihe erfolgreicher "wilder" Streiks, an denen sich bundesweit über 300 000 Beschäftigte in über 450 Betrieben (Feb. bis Nov. 73) beteiligten. Es ging um Teuerungszulagen, aber auch um Verringerung des Arbeitstempos, mehr Urlaub, gegen den unerträglichen Arbeitsdruck.

Auseinandersetzung um den LRTV II

Von 1970 bis August 73 wurden für den LRTV II 20 Verhandlungen geführt. (1972 wurde

Franz Steinkühler Bezirksleiter im Bezirk Stuttgart). Anfang September erklärte die große Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert. Die Argumente der IGM bezeichneten die Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber als "Hirngespinnste" und "Wahnsinnsideen". Die Forderung nach Verkürzung der Taktzeiten auf maximal 1,5 Minuten konterten sie arrogant mit der Bemerkung, dass "große Teile der Arbeitnehmer intellektuell gar nicht in der Lage sind, so große Arbeitsinhalte zu bewältigen".

Für diese Arroganz bekam das Kapital die Quittung: zwischen dem 10.9. und dem 15.10. legten insgesamt rund 128 000 Arbeiter und Angestellte spontan die Arbeit nieder. Bei der Urabstimmung stimmten 88 % für Streik. Der Streik begann am 16.10. und wurde als Schwerpunktstreik geführt. Streikbetriebe waren Bosch Feuerbach und die Daimler-Werke in Sindelfingen und Untertürkheim mit den Werkteilen Brühl, Hedelfingen und Mettingen. Ungeachtet der Streiktaktik der IGM beschloss der Verband der Metallindustrie (VMI) bereits am ersten Streiktag die Aussperrung, wagte es aber nicht, sie umzusetzen. Nach 9 Tagen Streik kam es zum Abschluss.

Folgendes konnte vereinbart werden

30 Minuten bezahlte Pause pro Schicht im Dreischichtbetrieb, 10% Zulage für jede Spätarbeitsstunde zwischen 12.00 Uhr und 19.00 Uhr, bis zu zwei Monaten Kündigungsfrist, bei Arbeitsunfähigkeit durch Betriebs- und Wegeunfall wird der Nettolohn bis zur 78. Woche bezahlt – bisher waren es nur ganze sechs Wochen. Alle Fließband-Akkord- und Prämienlohnarbeiter erhalten pro Arbeitsstunde mindestens 5 Minuten bezahlte Erholungszeit und zusätzlich mindestens 3 Minuten für persönliche Bedürfnisse. Von der geforderten Mindestverdienstgarantie für Akkordlöhner von 140% wurden max. 130% urchgesetzt.

Arbeitnehmer, die älter sind als 55 Jahre, dürfen im Verdienst nicht mehr absinken. Arbeitnehmer, die 53 Jahre alt sind, können nur noch aus wichtigem Grund entlassen werden. Die Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge wurden erhöht, die Kündigungsschutzfristen für alle verbessert. Insgesamt wurden mit dem Lohnrahmentarifvertrag 55 Punkte vereinbart über Datenermittlungen bis hin zu Sonderurlaubsregelungen.

Kündigung Lohnrahmentarifvertrag II: Ein Frontalangriff auf unsere Arbeitsbedingungen ...

Der TV wurde nicht im gesamten gekündigt, sondern nur Teile (s.o.).

Was ist zu tun?

Die gekündigten Bestimmungen betreffen 90 000 Beschäftigte von den insgesamt 472 000 Metallbeschäftigten in Nordwürttemberg/Nordbaden. Die meisten der Betroffenen sind im Fahrzeugbau beschäftigt, viele davon bei DaimlerChrysler. Nicht alle der Betroffenen haben noch den vollen Anspruch. Zum Teil wurde er in betrieblichen Regelungen "verrechnet" oder einfach verkauft.

Der Wegfall der Regelungen würde nicht nur die Arbeitsbedingungen immens verschlechtern, die Gesundheit der KollegInnen ruinieren, noch mehr in Frührente treiben, es würde auch der Arbeitstag um 8,6 % verlängert werden, was Tausende von Arbeitsplätzen (8000) vernichten würde.

Deshalb: Der LRTV II muss so erhalten bleiben, am besten auch auf andere Tarifbezirke ausgedehnt werden.

Bundesweite Solidarität ist notwendig. Unterschriftensammlungen und Soli-Erklärungen aus anderen

Bezirken würden den Betroffenen den Rücken stärken. Anfang nächsten Jahres wird es zu Aktionen und Streiks kommen. Diese müssen bundesweit bekannt gemacht und unterstützt werden.

Christa Hourani

Entwurf für Unterschriftenliste

Die Kündigung des Tarifvertrags zu Fortführung der Bestimmungen aus dem LRTV II durch die Metall-Arbeitgeber ist eine Provokation. Auch wenn wir nicht direkt davon betroffen sind, fühlen wir uns angegriffen. Diesen Frontalangriff auf tarifliche Erholpausen und Bedürfniszeiten und die Mindesttaktzeit von 1,5 Minuten finden wir unverschämt. Für die KollegInnen sind die Arbeitsbedingungen auch unter heutigen Bedingungen schon gesundheitsschädigend genug. Wir erklären uns mit den betroffenen KollegInnen solidarisch.

Der Vertrauenskörper von DaimlerChrysler Bremen hat folgende Forderungen am 13.12.05 verabschiedet (Auszug):

- Lohnerhöhung Festgeld 300 Euro
- Kein Abschluss im Bezirk Küste, bevor nicht die Kündigung des LRTV II Nordwürttemberg/Nordbaden zurück genommen ist
- Steinkühlerpausen (LRTV II-Bestimmungen) auch für uns.



Ca. 100 KollegInnen von Porsche Stuttgart, John Deere Mannheim und DaimlerChrysler Stuttgart und Sindelfingen beteiligten sich an der Aktion für den Erhalt der "Steinkühlerpausen" am Rande der Tarifpolitischen Konferenz der IG Metall in Mannheim im Oktober. Rechts im Bild Kollege Steinkühler.

Auf den Schildern der KollegInnen war u. a. zu lesen: Pinkelpause muss bleiben, oder sollen wir in Zukunft Windeln bei der Arbeit tragen, wir wollen alle mit dem Virus der "badenwürttembergischen Krankheit" (Steinkühlerpause) anstecken, Steinkühler: "Wenn die Pausen eine badenwürttembergische Krankheit sind, dann sind die Herren eine Seuche", fällt die Pause in Baden-Württemberg, fallen 8000 Arbeitsplätze hinterher; wir sind das Rückgrat der IGM – die Akkordarbeiter/innen; Knochenarbeit im Akkord ist ohne längere Pausen Mord.

Metall-Tarifrunde 2006: Nicht kleckern, sondern klotzen

Während sich die Stimmen aus den Vorständen der IG Metall häufen, die eine Lohn-Forderung bei 4-5% sehen und diese aus Preis- und Produktivitätssteigerung ableiten, sieht das in den Betrieben etwas anders aus: Da wird die Frage gestellt, was brauchen wir um zu leben?

Viele Forderungen gehen erst bei 6 % los, etliche liegen bei 7,8 und 9 % bis hin zu 11%. Etliche Betriebe kombinieren die Forderungen auch mit Festgeldbeträgen von 150 bis 270 Euro

Reallohnentwicklung 1995–2004: Deutschland Schlusslicht

Litauen	89,7%
Estland	62,7%
Lettland	53,3%
Tschechien	45,6%
Polen	40,3%
Slowakei	29,3%
Ungarn	25,4%
Schweden	25,4%
Großbritannien	25,2%
Zypern	24,4%
Slowenien	22,0%
Irland	19,4%
Portugal	17,8%
Malta	16,6%
Dänemark	15,6%
Niederlande	11,9%
Luxemburg	10,1%
EU 25	9,9%
Finnland	9,3%
Frankreich	8,4%
EU 15	7,4%
Belgien	6,4%
Spanien	5,4%
Österreich	2,8%
Italien	2,0%
Deutschland	-0,9%

Quelle: Eurostat 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Zusammengefasst kann gesagt werden, es herrscht die Stimmung "nicht kleckern, sondern klotzen". In den Diskussionen in den Betrieben wird deutlich, dass wir endlich wieder spürbare Realloohnerhöhungen brauchen und den Trend der mäßigen Lohnentwicklung der vergangenen 10 Jahre (0,9% Reallohnverlust) umkehren müssen. Aus einigen VK's kommt auch die Forderung nach der Kündigung des so genannten „Pforzheimer Abkommens“ mit seinen Öffnungsklauseln für unbezahlte Arbeit und Lohnkürzung.

Angesichts dessen ist die Empfehlung der Großen Tariffkommission Baden-Württemberg vom 1.12.2005 für ein Forderungsvolumen in der Bandbreite zwischen 4,5 und 5 % nicht Ausdruck der Stimmung in den Betrieben. Mit ihr wird es nicht gelingen, die Lohnentwicklung der vergangenen Jahre umzukehren.

Warum nicht ernst machen...

„...Es ist also nicht so, dass kein Geld da wäre. Die Beschäftigten wollen deshalb deutlich mehr Lohn. Lohnzurückhaltung hat sich nicht ausgezahlt.

Warum also sollen wir unseren Leuten sagen: Verzicht ist toll? Das Gegenteil ist richtig. Wer verzichtet, sorgt für mehr Arbeitslose...“

Jürgen Peters in DIE ZEIT vom 03.11.2005:

Warum nicht ernst machen mit dieser Ankündigung, Kollege Peters?

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. März.

Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann.

Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.

Daimler-Chrysler

Alle gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung Fremdvergaben & Personalabbau geht alle an – nicht nur die Dienstleister.

Angeblich sind 1100 Kolleginnen und Kollegen zu viel im Werk. Den Nachweis bleibt die Werkleitung bis heute schuldig. Nachweisbar ist dagegen, dass es in etlichen Bereichen Personalmangel gibt. Der Vorstand weigert sich immer noch, diesen Personalmangel mit Festeinstellungen zu beheben – auf Kosten der Knochen und Nerven der KollegInnen

Stattdessen werden sog. "Flexi-Arbeiter" en masse eingesetzt: Leiharbeiter, Fremdfirmenbeschäftigte, abgeordnete Kollegen anderer Werke wie Sindelfingen und Bremen.

Personalmangel beheben – die "abgeordneten" KollegInnen übernehmen!

Viele der Sindelfinger Kollegen sind bereit und daran interessiert, im Werk fest übernommen zu werden. Es ist nicht in Ordnung und auch nicht nachvollziehbar, diese KollegInnen ewig in der Luft hängen zu lassen. Eine Verlängerung bis März ist ein erster Schritt, reicht aber nicht aus! Die Personal-Lücken im Werk müssen geschlossen werden – und ab Januar muss über feste Übernahmen gesprochen werden!

Vorstand: Weniger Menschen & mehr Druck für höhere Profite

Weniger Menschen sollen unter noch höherem Druck noch mehr "Stückzahl" machen. Das ist der Hintergrund des Personalabbaus. Der Vorstand will 2006 eine Milliarde ? an die Großaktionäre überweisen. Und 2007 soll das beste Ergebnis aller Zeiten eingefahren werden. Weil die Automärkte kaum noch wachsen, sondern stagnieren, soll das Profitwachstum auf Kosten der Belegschaft erzwungen werden. Und die soll dann auch noch billiger werden – dafür sorgt der

abgesenkte Einstiegslohn für alle Neueinstellungen und übernommene Azubis. Und die Lohnkürzung plus längere Arbeitszeiten durch den Dienstleistertarif.

Dienstleistungsbereiche:
Kein Sonderfall, sondern andere Seite derselben Medaille!

Die aktuellen Fremdvergebefrohungen für die KollegInnen in den LOG-Bereichen sind alles, bloss kein "Sonderproblem" der Dienstleister. Dieselben Probleme haben die KollegInnen in der Produktion, in Facharbeiter – und Angestelltenbereichen bis hin zur Entwicklung:

* Ein ganzes CORE-Projekt beschäftigt sich damit, eine verringerte Fertigungstiefe zu planen, d.h.: neu festzulegen, was künftig noch "Kernfertigung" ist und was fremdbezogen werden kann...

* Der Integralträger W204 wurde z.B. an die Firma Benteler vergeben, statt ihn in der eigenen Presserei (PRE/SCW) machen zu lassen

* Bei jedem Neuanlauf von Motoren und Getrieben ist die Zahl der im Werk gefertigten Teile geschrumpft. Beschäftigungswachstum hat nur die Ausweitung der Schichtarbeit gebracht.

* In den Entwicklungsbereichen sind heute neue Entwicklungsaufträge Fremdvergeben statt Eigenentwicklung.

* War nicht z.B. auch die Entgeltabrechnung (Lohnbüro) schon einmal im Focus der Arbeitsplatzvernichter? Ist dort nicht heute schon das Personal so ausgedünnt, dass die KollegInnen ihren Job kaum mehr bewältigen können?

Billigtarif heisst: das Feuer mit Benzin löschen

Kollege Lense und seine "Scheibenwischer-Fraktion" argumentieren: nur mit dem Billigtarif für Dienstleister liesse sich Fremdvergabe verhindern. Fremdvergabe und Personalabbau sind aber offensichtlich längst ein Problem für die ganze Belegschaft – nicht bloß im Dienstleistungsbereich!

Das Argument der Firma heisst nahezu überall: "Draussen gibt es das billiger". Kann darauf die Antwort eines Gewerkschafters allen ernstes sein: "Machen wir eben einen Billigtarif!?" Wer das für Dienstleister akzeptiert, wird bei Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung für alle landen!

Alle gemeinsam gegen Arbeitsplatzabbau, Fremdvergabe und Billigtarife!

Trotz aller Unruhe, die Vorstand und Werkleitung in letzter Zeit unter den KollegInnen erzeugen (wollen): wir sind nicht wehrlos. Das hat die Untertürkheimer Belegschaft schon in vielen schwierigen Situationen bewiesen. Alle Schichten der Belegschaft sind von den Angriffen des Vorstands betroffen. Deshalb können und müssen alle gemeinsam den Arbeitsplatzvernichtern die Rote Karte zeigen. Die KollegInnen der Telecom, bei Alstom Power, bei Continental machen es vor!

Wirkungsvollen Widerstand gemeinsam organisieren, das ist die Aufgabe aller Fraktionen im Betriebsrat. Wir von der alternative sind mit dabei, Kollege Lense!

Tom Adler